

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M., für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußen 25.— M., für das übrige Ausland 28.— M.

Die Jahrgangspostens Konvaleszenzliste oder deren Raum kostet 8.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.50 M., jedes weitere Heft 1.75 M., einschließlich Anzeigen. Ausland: Das erste Heft 3.00 M., jedes weitere Heft 2.25 M., einschließlich Anzeigen. Das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Druckerei: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Parteitag des Fortschritts

Leipzig — Halle — Leipzig: Anscheinend eine Rückkehr zum Ausgangspunkte, ein kleiner Eisenbahnstecher. Aber in der Parteigeschichte der U. S. D. bedeuten diese drei Worte einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung. Nur wenn man geschichtlich den zweiten Leipziger Parteitag würdigt, wird man ihn aller Einzelkritik zum Trotz als einen Parteitag des Fortschritts bezeichnen müssen. Es ist der Fortschritt, den Ernst Mach, der Lehrer Friedrich Adler, in den Satz zusammenfaßt, daß die Wissenschaft die Aufgaben habe, den Gedanken an die Tatsachen anzupassen. Dieser Fortschritt zur nüchternen Theorie, zur nationalökonomischen Begründung der Politik, zu einer wirklich wissenschaftlichen Betrachtung der Aufgaben der Partei im Rahmen der proletarischen Bewegung Deutschlands und der Welt, ist der Gewinn des Leipziger Parteitages. In Halle, in der Abwehr der bolschewistischen Hochflut, in der Atmosphäre des Bruderkampfes konnte über die neuen Aufgaben nicht gesprochen werden. Heute, wo auch die halbwegs ehrlichen Kommunisten die Verfehltheit ihrer Politik einsehen müssen, wo unsere Vorkämpfer von Halle sich im Guten und Schlimmen bewahrt haben, können auch die positiven Aufgaben der Partei sachlich und gründlich erörtert werden.

Das ist der gewaltige Fortschritt: Die Einsicht, daß die ökonomischen Gesetze auch die revolutionäre Politik einer steigenden Klasse in Richtung und Formen ihres Kampfes bestimmen, ist wieder herrschend geworden. Die allzu großzügige Gradlinigkeit und vereinfachende Dogmatik weicht jener Denkart, die auch Probleme sieht und verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung erkennt. Jene Denkart ist es auch, die die eigene Partei im Zusammenhang mit den anderen proletarischen Richtungen wertet und bei aller Parteitreue sich doch vor Parteibeschränktheit hütet. Auf dem Boden solcher Denkart, die mit parteigenösslichem Gefühl gepaart sein muß, ist dann auch die Einigung über Meinungsverschiedenheiten im einzelnen leicht möglich.

Das hat der Parteitag bewiesen. Er beschloß das Manifest der U. S. D., das einstimmig angenommen wurde, obgleich selbstverständlich in Einzelheiten, in Beurteilung des Tempos der Entwicklung und der Angemessenheit taktischer Maßnahmen Unterschiede der Auffassung bestehen. Diese Unterschiede sind nicht mit der einfachen Zweihänderformel rechts oder links zu bezeichnen. Es gibt keine Rechten und Linken in der Partei, sondern die geschichtliche Entwicklung hat entschieden und wird noch im einzelnen entscheiden, wer auf dem rechten und wer auf dem falschen Wege ist. Die politische Entwicklung vollzieht sich nicht nach dem Schema eines Parlamentarismus und die ökonomische Analyse sowie deren Bewertung im politischen Tageskampf ist etwas anderes, als die bloße Sammlung von Einzeldefinitionen und Augenblicksfeststellungen.

Die völlig neue Situation des Nachkriegskapitalismus erschwert auch die Aufstellung eines Parteiprogramms, das den Anforderungen der Wissenschaft und den Erfordernissen der Tagespolitik in gleicher Weise genügt. Die Arbeit der Programmkommission konnte deshalb noch nicht zu Ende geführt werden, da es im allgemeinen Teil weniger auf kulturgeschichtliche Rückblicke, als auf eine marxistische Durchleuchtung der kapitalistischen Wandlungen der letzten zwei Jahrzehnte ankommt. Die Grundlinien hierzu hat ja das Manifest gezogen und dadurch eine vorläufige Orientierung der Genossen angebahnt.

Es ist daher sehr erfreulich, daß der Parteitag neben der Programmrede Ledebours eine Ansprache von Dr. Herz-Spandau über das Kommunalprogramm brachte. Dieses Kommunalprogramm und seine Begründung wurde vom Genossen Dittmann in seiner Schlussrede mit Recht als ein Wegweiser durch den Irrgarten der Kommunalpolitik nach dem Kriege bezeichnet. Es ist zu wünschen, daß unsere Genossen, die in diesem Irrgarten arbeiten müssen, dieses Programm eifrig studieren und dadurch vor vielen Umwegen bewahrt bleiben.

Es ist ferner zu wünschen, daß auch die sozialpolitischen Anträge und die Entschlüsse zur Sozialpolitik nicht nur die Beachtung der Spezialisten finden. Reform und Revolution sind für uns keine absoluten Gegensätze und wir müssen die Sozialpolitik pflegen, wenn sie auch auf einem Parteitag leicht hinter jene aktuellen Fragen der äußeren und inneren Politik zurücktritt.

Die Steuerfrage als Mittelpunkt unserer inneren Politik mit ihren vielen Ausstrahlungen in das Gebiet der internationalen Politik des Proletariats hätte gründlicher erörtert werden können. Immerhin zeigten sowohl die Ausführungen des Referenten Henke, als die Diskussionsrede des Reichstagsabgeordneten Paul Herz, daß wir den Kampf gegen die Belastung des Proletariats führen, die Sachverterfassung als finanzpolitische Maßnahme und als ein Erfordernis auch der äußeren Politik zur Parole des proletarischen Steuerkampfes machen wollen. Allerdings ist der Fortschritt auf diesem Gebiet nicht an überlebte Unterscheidungen und Formeln gebunden. Das Zentralproblem ist die Geldentwertung als dauernd steigende Belastung des Arbeitereinkommens. Auch die alte Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern ist nicht mehr ge-

Die Grenzpfähle nieder!

Die Berliner Arbeiterschaft begrüßt heute ihre Freunde aus Frankreich, aus der Schweiz, aus Desterreich, aus der Tschecho-Slowakei, aus Rußland in ihren Reihen. Ueber die Grenzen der einzelnen Länder hinweg reicht sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt im Geiste die Hand.

Eine Not, ein Leid, ein Elend brückt das internationale Proletariat nieder. Aber ein Ziel ist allen Arbeitern aufgerichtet, mögen sie nun in Deutschland, in Frankreich, in England, in der alten oder in der neuen Welt, im Lande der Sieger oder der Besiegten wohnen: Der Sozialismus!

Der Kapitalismus hat den größeren Teil der Menschheit in seine Fesseln geschlagen, er hat die Erde für die arbeitende Bevölkerung zu einem Jammertal gemacht. Der Sozialismus wird das Proletariat befreien und ihm den ihm gebührenden Anteil an den Schätzen der Welt geben.

Zu lange schon hat die Zwietracht, der Bruderkampf den Fortschritt der Arbeiterklasse gehemmt. Nun gilt es, wieder zusammenzusehen in geschlossener Front, im gemeinsamen Kampf gegen den uns allen gemeinsamen Gegner: den Kapitalismus.

Lafst uns zeigen, daß das Proletariat der ganzen Welt einig ist in dem Willen, eine neue, eine höhere Gesellschaftsordnung aufzurichten, die keine Herren und Knechte, keine Ausbeuter und Ausgebeutete, keine Sieger und Besiegte kennt, die erst die wahre Völkerversöhnung und den dauernden Völkerfrieden bringen wird.

In diesem Augenblick gilt unser besonderer Gruß den Kameraden aus Frankreich. Während der französische Nationalismus von neuem sein Haupt hebt, um im Siegerwahn den Wiederaufbau der Welt zu hindern, sprechen die Vertreter des französischen Proletariats zu uns und bekunden, daß zwischen dem arbeitenden Frankreich und dem arbeitenden Deutschland keine Feindschaft, keine Abneigung, kein Haß besteht.

Die Grenzpfähle nieder! Dehnet die Welt für den Siegeszug des Sozialismus! Schließt euch dem Rufe des Manifestes des Leipziger Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratie an:

Proletarier Deutschlands, Proletarier aller Länder vereinigt euch!

nügend; es fragt sich stets, ob die Steuer vom Mehrwert oder vom Lohn erhoben wird.

Mit Recht bezeichnete Genosse Herz den Kampf um die Steuern als den Weg zur Einigung des Proletariats im gemeinsamen Kampfe gegen die Kapitalisten und ihre politischen Vertretungen. Die Voraussetzung gemeinsamer Aktionen für die endliche Einigung der zerplitterten proletarischen Organisationen wurde vom Parteitag allgemein anerkannt. Ueber das Tempo der Einigung, die Meinungen der Gegenseite, die Gefahren der Aufgabe der parteipolitischen Selbständigkeit gegen die Meinungen noch teilweise auseinander, wie die Debatte bewies. Zum Teil erklärten sich diese Unterschiede aus den örtlichen Verhältnissen, aus den Machtverhältnissen der USPD und SPD, in den verschiedenen Bezirken. Nachwirkungen der erbitterten inneren Kämpfe in der Kriegs- und Revolutionszeit, persönliche Erinnerungen und Gegensätze sind dabei auch nicht zu unterschätzen. Der Gedanke der Notwendigkeit der Einigung muß aber ökonomisch und politisch begründet werden, wie es durch den treffenden geschichtlichen Vergleich geschah: Wir kommen zur Einigung entweder wie in Gotha 1875 unter dem Druck gemeinsamer Verfolgungen durch die herrschenden Klassen nach zermürbenden inneren Kämpfen oder wir gelangen zur Einheit wie die französischen Parteien nach dem internationalen Kongress von Amsterdam, durch die Wirkung der proletarischen Vernunft und die Einsicht großer Führer wie Jaurès und Guesde, die beide ihre Ueberzeugung nicht opferten, als sie sich in der geeinigten Partei zusammensanden.

Das heißt natürlich nicht, wie es von den Einigungsspekulanten nur zu oft hingestellt wird, daß man kritiklos die Gegenpartei betrachtet und für die Schwierigkeit der Uebergangsperiode blind ist. Das bedeutet auch nicht, daß die von der Partei mit Recht geübte scharfe Kritik an der Koalitionspolitik nun plötzlich nicht gelten soll. Das bedeutet nur, daß man nicht absolute Bindungen, die eine unnötige Erschwerung der Einigung darstellen, schafft, sondern daß man auch etwas auf die Lehren der wirtschaftlichen Entwicklung hofft und durch eigene Aktivität in praktischer Arbeit und aufklärender Agitation die Erkenntnis in den Massen vertieft. Wir müssen lernen, der eignen Kraft zu vertrauen, nachdem uns Leipzig nach Halle so glänzend gerechtfertigt hat. Wir müssen aber auch erkennen, und unser eigener Geschäftsbericht ist ein bereedtes Zeugnis dafür, wie heute eine organisatorische Zerplitterung verheerend wirkt. Es ist gut, daß der Parteitag durch die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts das Provisorium von Halle befestigte und im Rahmen dieser Satzung eine energische Organisationsarbeit ermöglichte. Es ist auch zu hoffen, daß die Wahl des neuen Vorstandes und des Parteirat die Initiative des Zentralkomitees erhöht.

Neben der gesteigerten organisatorischen Tätigkeit wird das Zentralkomitee auch eine erhebliche Mehrarbeit rein politischen Charakters zu leisten haben. Die Verhandlungen in Cannes mit dem Vorstoß des französischen Nationalismus, der zu einem vorübergehenden Erfolge durch den Rücktritt des Kabinetts Briand führte, beweisen, wie notwendig eine energische internationale proletarische Politik ist. Sowohl das Referat des Genossen Crispin, der die Entwicklung der Wiener Arbeitergemeinschaft eingehend behandelte, als die glänzenden Ausführungen unserer ausländischen Genossen auf dem Parteitag und vor der Leipziger Arbeiterschaft zeigten, daß der Parteitag wußte, was hier auf dem Spiele steht. Die Partei muß ihm auf dem Wege folgen und durch eine aktive Kampagne gegen den Nationalismus bei uns jene verhängnisvolle Wechselwirkung verhindern, die Genosse Grumbach am Bündnis des bayerischen Nationalismus mit dem französischen Merkantilismus so anschaulich darstellte. Unsere französischen Genossen wiederum werden vom Parteitag mit der Ueberzeugung heimkommen, daß die deutschen Genossen ihnen im jähren Kampfe gegen den Chauvinismus von Paris kameradschaftlich zur Seite stehen. Der Parteitag war ein gutes Vorzeichen für die geplante Pariser Konferenz, bei der es sich zeigen muß, ob ein Zusammenwirken der sozialistischen Parteien der verschiedenen Richtungen auch international möglich ist. Geboten ist es angesichts der Anstrengungen des Weltkapitals unter Führung der englischen, der flügeln Bourgeoisie der Welt, die Arbeiterklassen aller Länder noch einmal politisch, ökonomisch und geistig zu befeuern mit Kompromiß und Gewalt, mit Brot oder Hungerpeitsche, mit goldenen Ketten oder mit Sklavenstriden, wie es die Verhältnisse jeweilig gestatten.

So ist der Parteitag in letzter Instanz ein Fortschritt in der Umstellung des Proletariats zum Kampf mit dem Ultraimperialismus unter den Kampfbedingungen und mit all den Kampfmitteln, die uns in der nächsten Zeit zu Gebote stehen werden. Wir wollen nicht nach dem Nausch in einen Kagenjammern verfallen und logenartige Realpolitiker werden. Wir wollen klar, aber auch weit sehen und wollen dem Alltag und zugleich der proletarischen Zukunft gerecht werden. Das ist eine schwere Aufgabe, die nie voll gelingt, aber wir sind auf dem Wege zu ihrer Lösung, wir fahren fort in sozialistischer Erkenntnis und in planvoller Gestaltung des nationalen und internationalen proletarischen Kampfes. Das hat uns Leipzig erneut bewiesen. Das war jene Belebung des Geistes der USPD, der sich nun in Kommune und Parlament, im Einzelstaat und Reich, in Genossenschaft und Gewerkschaft auswirken muß, nicht verlassend, wie der Wüstenwind von Moskau, sondern einigend, wie der Geist des großen Toten, des Weltkriegeres, unseres französischen Bruders Jean Jaurès.

Poincarés Kabinettsbildung

Paris, 14. Januar.

Der Abgeordnete Maurice Mannoury hat sich bereit erklärt, das Ministerium des Innern im Kabinett Poincaré zu übernehmen; ebenso ist der Abgeordnete de Laferrière bereit, das Finanzportefeuille anzunehmen. Poincaré hatte heute vormittag eine Besprechung mit André Tardieu, der erklärt hatte, sich mit seinen Freunden besprechen zu wollen und im Laufe des Abends Poincarés seine Antwort zu überbringen. Der „Intransigent“ glaubt zu wissen, daß Poincaré das Ministerium der besetzten Gebiete Tardieu in Aussicht genommen hat, der es bereits einmal innegehabt hat.

Der radikale Senator Doumergue hat Poincaré wissen lassen, daß er der Ansicht sei, er könne sich nützlich machen, wenn er dem Kabinett nicht angehöre. Der Abgeordnete Herriot hat den Eintritt in das Kabinett Poincaré abgelehnt. Barthou hat das Justizportefeuille und die stellvertretende Ministerpräsidentenschaft im Kabinett Poincaré angenommen.

Lloyd George in Paris

Paris, 14. Januar.

Lloyd George ist heute 2 Uhr 50 Minuten in Paris eingetroffen; er wurde am Bahnhof von Briand und dem englischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, empfangen. Mit letzterem hatte er noch auf dem Bahnhof eine Unterredung. Um 4 Uhr beginnt die vorgesehene Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré.

Englische Pressestimmen

London, 14. Januar.

Bei Besprechung von Poincarés Annahme des Auftrages zur Kabinettsbildung schreibt die „Westminster Gazette“, es sei schon lange klar, daß es weder für die Franzosen noch für irgend eine andere Regierung Frieden geben könne, solange Poincaré und seinen Anhängern nicht Gelegenheit gegeben wäre, ihre Ansichten nicht bloß als Kritiker, sondern als verantwortlicher Minister zu betätigen.

„Daily Chronicle“ sagt: Poincaré ist ein alter und tätiger Freund der Entente und es ist immerhin möglich, daß er als verantwortlicher Leiter der Regierung sich fähig erweisen wird, mit uns innerhalb der bekannten Grenzen zusammenzuwirken.

„Times“ erklärt, es sei nicht zu befürchten, daß ernsthaft französische Staatsmänner die Lage Europas unbeachtet lassen oder versuchen könnten, Frankreich in eine Stellung trotziger Isolierung zu bringen.

„Daily Telegraph“ schreibt: Der Plan, die bolschewistische Camarilla anzuerkennen und Deutschland wieder zum internationalen Verkehr zuzulassen, obgleich es seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt hat, ist von Poincaré heftig bekämpft worden, und wenn er derselben Ansicht bleibt, wird er zweifellos bei einem erheblichen Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs Unterstützung finden.

Die Reparationsfrage

Paris, 14. Januar.

Präsident Millerand hat heute vormittag den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen, der dem „Temps“ zufolge nach seiner Besprechung mit dem Präsidenten die Erklärung abgegeben hat, er habe den Präsidenten der Republik über die Dinge in Kenntnis gesetzt, die in Cannes in der Reparationsfrage sich abgespielt hätten. Diese Frage sei gleichzeitig vom Obersten Rat und von der Reparationskommission behandelt worden und die Kommission habe von Dr. Rathenau die Erklärungen erhalten, die sich auf gewisse Schriftstücke stützten. Diese Schriftstücke würden zur Zeit überreicht. Ihre zahlenmäßigen Angaben müßten sorgfältig kontrolliert werden. Wenn diese Arbeit beendet sei, werde die Reparationskommission in voller Kenntnis der Sache urteilen und angemessene Entscheidungen treffen können. Wenn jedoch die Alliierten und Abgestimmten als Gläubiger Deutschlands selbst mit Deutschland verhandeln wollten, könne die Reparationskommission sich dem nur beugen. In diesem Falle werde der Oberste Rat über das deutsche Ersuchen um ein Moratorium für das Jahr 1922 selbst befinden, denn die Kommission habe in Cannes nur einen vorläufigen Zahlungsausschub gewährt. Wenn die Frage bei der Reparationskommission bleibe, werde diese nach sorgfältiger Prüfung aller Einzelheiten des Problems und aller ihr zur Verfügung stehenden Auskünfte entscheiden.

Das Steuerproblem

Falsche Meldungen über ein Kompromiß

Einige bürgerliche Blätter brachten gestern Abend die Mitteilung, daß zwischen der Regierung und den Vertretern der sozialdemokratischen Partei und des Zentrums ein Kompromiß zustande gekommen sei. Die Sozialdemokratie wolle auf die Erfassung der Sachwerte verzichten, wenn eine stärkere Heranziehung der direkten Steuern erfolge. Von gutunterrichteter Seite wird nunmehr mitgeteilt, daß es völlig falsch sei, von einem Kompromiß zu reden. Die Besprechungen am Sonnabend vormittag, bei der der Reichsfinanzminister nicht anwesend war, hätten nur eine Erörterung zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums mit dem Reichsfinanzminister gebracht. Dabei seien überhaupt keine Entscheidungen gefaßt, sondern es seien nur die bisherigen Beschlüsse der Steuerkommission des Reichstages durchberaten worden. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages will am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr zusammentreten, um zu dem ganzen Komplex der Steuerfragen Stellung zu nehmen. Von ihrer Seite wird jetzt schon erklärt, daß sich an ihrem grundsätzlichen Standpunkt nichts geändert habe, und daß ohne eine starke Heranziehung des Besitzes zu den Steuerlasten an einen Ausgleich der noch bestehenden Differenzen nicht zu denken sei.

Wir wollen darauf hinweisen, daß die Organisationen der Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Vertretern der beiden sozialistischen Parteien darin übereingekommen sind, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen und besonders die Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Wir erinnern besonders an die durch den „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ verbreitete Mitteilung vom 11. Januar, worin es hieß: „Die Gewerkschaften sind nicht willens, sich mit diesem Zustand der Lastenverschiebung abzufinden.“ Schon daraus ist ersichtlich, daß die sozialdemokratische Partei keinem Steuerkompromiß zustimmen kann, der den jetzigen Zustand aufs neue verlängert.

Die Ausbringung der 31 Millionen

In den Bedingungen für den Zahlungsausschub fordert die Entente unter anderem von der deutschen Regierung die Aufstellung eines Reform- und Garantieplanes für das Jahr 1922 innerhalb der nächsten 14 Tage. Die Regierung glaubt, daß es möglich sein wird, diese Frist inne zu halten;

das von Dr. Rathenau in Cannes vorgebrachte Material wird als Unterlage für diesen Plan und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dienen. Die 31 Millionen, die alle zehn Tage zu zahlen sind, sollen sich aus 6 Millionen Zöllen und 25 Millionen Ausfuhrangabe zusammensetzen.

Überall Stinnes!

Ein Reklamemonopol für die Deutsche Volkspartei

Im letzten Kriegsjahr, am 4. Februar 1918, genehmigte Herr von Breitenbach unjünglichen Angebendens in seiner Eigenschaft als „Minister der öffentlichen Arbeiten und Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“ einen überaus merkwürdigen Vertrag, durch den dem Berliner Verlagsgeschäftler Reimar Hobbing ein geradezu skandalöses Monopol für die gesamte deutsche Eisenbahn-Reklame zugesprochen wurde.

Die Sache wirbelte damals viel Staub auf, aber wie es so geht im Leben: nachdem in den Parlamenten und in den Zeitungen hin- und hergeredet war, beruhigte sich die „öffentliche Meinung“, und kein Mensch dachte mehr an jenen Vorgang.

Nunmehr hat sich aber herausgestellt, daß Herr Hobbing damals nur ein Strohhalm gewesen ist und daß in Wirklichkeit auch hinter dem Erwerb dieses Monopols kein anderer steht als ER, Hugo Stinnes!

Da ist es denn doch an der Zeit, den Vertrag vom 4. 2. 1918 noch einmal anzusehen, zumal da er nun am 1. April 1922 in Kraft treten soll.

Unter welchen Bedingungen hat Stinnes sich denn eigentlich das Reklame-Monopol auf allen deutschen Eisenbahnen gesichert?

Für 15 Jahre erwarb er das Recht, allein und ausschließlich sämtliche Bauarbeiten, das gesamte Gelände der Eisenbahnen, sämtliche Züge, Güter, Vorhöfen, Wartehäuser, Unter- und Ueberführungen, Bahnsteige, Wägen, Bahnhofsgebäude, Güter- und Gepäckwagen, Seitengänge der Durchgangswagen usw. mit „seiner“ Reklame zu belegen. „Auch wird dem Unternehmer das alleinige Recht zur Einlegung von Druckschriften in die Züge übertragen!“

Studieren wir den interessanten Text dieses Vertrages mit Hobbing-Stinnes weiter:

„Die zum Aushang bestimmten Reklamen und ihre Befestigungsmittel werden auf den — Reichseisenbahnen als Dienstgut freibefreit. Auch deren Rücksendung erfolgt gebührenfrei.“

Damit der arme Stinnes bei der Sache auch ganz bestimmt auf seine Kosten kommt, werden nach den §§ 6 und 10 dieses sehr merkwürdigen Vertrages einigen seiner Aufsichtsbeamten und sonstigen Angestellten zur Ausübung ihres „Dienstes“ Gratis-Bahnsteigkarten, ja sogar Freifahrt-Karten zur Verfügung gestellt. (Man bedenke, daß unter den heutigen Verhältnissen die Krankenkassen für ihre kranken und erholungsbedürftigen Mitglieder nicht einen Pfennig Fahrtermäßigung, geschweige denn Freifahrt eingekauft bekommen!)

Und was hat Stinnes-Hobbing als Gegenleistung aufzubringen?

50 Prozent der Rohinnahme! Wenn sie 2 Millionen Mark im Jahre übersteigen sollte: 60 Prozent, aber nur für den die 2 Millionen übersteigenden Teil! Wenn nach Ablauf von fünf Jahren bei dieser Verpachtung für das Reich jährlich nicht mehr als eine halbe Million Mark herausspringt, so kann der Vertrag mit einjähriger Kündigungsfrist aufgehoben werden. Mit anderen Worten: Wenn Herr Stinnes jährlich etwas über 500 000 Mark absetzt, dann scheidet er gemächlich zunächst bis 1937 in diesem billigen Reklamemonopol!

Nun berührt es recht eigenartig, daß der Herr Wächter sich ganz offensichtlich gar keine Mühe gibt, Reklameabschlüsse zu tätigen. Dies liefert den deutlichsten Beweis dafür, daß der Verdacht, der bereits 1918 geäußert wurde, durchaus berechtigt ist: Dem Erwerber dieser unbegrenzten Reklamemöglichkeiten kam es gar nicht darauf an, sich ein gutes Geschäft zu sichern, sondern dahinter lauert offenbar eine ganz andere Absicht. Man lese oben noch einmal nach, welche Möglichkeiten dem Besitzer des Monopols durch diesen Vertrag gegeben sind. Und man erinnere sich insbesondere an die Bestimmung über „das alleinige Recht zur Einlegung von Druckschriften in die Züge!“ Und dann bedenke man, was dies für Stinnes bedeutet, wenn der Vertrag am 1. April d. J. in Kraft getreten ist und im Reich, in Ländern oder Kommunen zur Wahl aufgerufen wird! Welcher Bahnhof mit allem, was dazu gehört, welcher Zug, welcher Wartehaus, welcher Bahnsteig, welche Unterführung, welches Wartehaus, welcher D-Zug-Korridor wird der Deutschen Volkspartei dann nicht für ihre Wahlreklame zur Verfügung stehen, während die politischen Gegner des Herrn Stinnes das Nachsehen haben dürften, auch wenn sie dem Herrn Wächter, der ja nicht darauf angewiesen ist, noch so viel Mammon als Reklamegebühr anbieten sollten?

Kette Ausschreit! Jener Vertrag ist gerade neun Monate vor der Revolution abgeschlossen worden. Die Zwischenzeit hat uns die Revision mancher Rechtsverhältnisse gebracht. Soll die soziale, die wirtschaftliche, die verfassungsmäßige und sonstige Umwälzung zwischen 1918 und 1922 allein an Herrn Stinnes spurlos vorübergehen?

Wie denkt hierüber wohl Herr Gröner, Breitenbachs Nachfolger, wie denkt die Regierung, der Reichswirtschaftsrat, der Reichstag, dessen erlauchtes Mitglied Herr Stinnes ist?

Der Klempnerladen

Der Krieg ist seit drei Jahren beendet, Orden und Ehrenzeichen sind abgeschafft. Aber zuweilen las man doch in den Zeitungen, daß irgendein Postpraktikant, ein Asoffizier in einem Regierungsamt oder ein „Königlich preussischer Leutnant a. D.“ nachträglich das E. R. verliehen bekommen hat. Die tieferen Gründe für die Ordensverleihung werden uns jetzt bekannt. Der preussische Ministerpräsident Braun hat nämlich verfügt, daß die Verleihung von Kriegsauszeichnungen am 31. Dezember 1921 ihren endgültigen Abschluß finden müsse. Darob große Erregung bei den nationalgesinnten Kreisen. Der Deutsche Offiziersbund fühlte sich sogar verpflichtet, feierlichen Protest gegen diese Verfügung einzulegen und gegen den preussischen Ministerpräsidenten den Vorwurf zu erheben, daß er sich „nicht mehr an die Zusicherungen gebunden hält, die das preussische Staatsministerium früher gemacht hat.“

In der Tat, die Sache ist für die nach einem Orden schielenden Offiziere sehr tragisch. Ein Wortbruch liegt aber nicht vor, denn die nach einem Orden schielenden Personen sind bis jetzt nicht benachteiligt worden, sie haben vielmehr eine weitgehende Vergünstigung genossen. Die Frist für Gesuche um Kriegsauszeichnungen war nämlich ursprünglich bis 1. November 1919 festgesetzt. Sie wurde dann bis Ende Dezember 1920 verlängert und dann noch einmal mit Rücksicht auf die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kriegsteilnehmer bis 31. März 1921 ausgedehnt. Trotzdem wurden auch nach diesem Zeitpunkt noch Kriegsauszeichnungen verliehen. Herr Stegerwald seligen Andenkens hat dann Ende Oktober 1921 darauf hingewiesen, daß am 31. Dezember 1921 mit dem Ordensausgang unter allen Umständen Schluß gemacht werden

müsse und sein Nachfolger, Ministerpräsident Braun, hat lediglich auf Grund der geltenden Bestimmungen verfügt, daß der letzte Termin für Kriegsauszeichnungen der 31. Dezember 1921 bleiben müsse.

Der von interessanter Seite in der nationalistischen Presse angelegte Spektakel ist also höchst überflüssig. Insbesondere sind die Herren Offiziere nicht befugt, ein Geschrei anzustimmen, denn sie sind am wenigsten benachteiligt worden, da sie schon während des Feldzuges, ob verdient oder unerdient, ihren Vogel wegbekommen haben. Um den Herren aber ein für alle Male das Maul zu stopfen, würde es gut sein, wenn die Regierung zu den vielen Ausnahmen, die sie schon gemacht hat, noch eine neue hinzufügen würde. Wir schlagen zu diesem Zwecke einen neuen Orden vor, bestehend aus einem ausgewachsenen Schweineschinken, einer Kaviarbüchse und einer Sektflasche in Blech. Dieser Orden, neben dem Eisernen Kreuz und anderen feierlichen Ehrenabzeichen in Originalgröße getragen, würde die linke Helmbreite dermaßen bedecken, daß alle weiteren Ansprüche für alle Zeiten gedeckt sind und die Behörden vor neuen Gesuchen verschont bleiben.

Miesbach unter Wasser

Drahmelung unseres Korrespondenten

München, 14. Januar.

Am Freitag wurde vor dem Münchener Schöffengericht gegen mehrere Mehrheitssozialisten verhandelt, die am 10. September 1921 in der Kahrkriege in einem Auto des „Miesbacher Anzeigers“ Flugblätter der Rechtsputzisten geschickt hatten. Bei dieser Gelegenheit wurden einige tausend Exemplare des Miesbacher Schimpfblattes in den Kuer-Mühlbachgraben geworfen. Die Angeklagten wurden zu Geldstrafen von 50 bis 400 M. verurteilt. In der Verhandlung verlas Landtagsabgeordneter Auer als Zeuge ein Telegramm des Landtagspräsidenten Königsbauer, das folgenden Wortlaut hat, und das an den in Verhiesgaben bei dem Erkonprinzigen Rupprecht weilenden Herrn von Kahr gerichtet war:

„Ich habe amtliche Mitteilung, daß morgen oder in den nächsten Tagen Rechtsputz gegen Landtag beabsichtigt ist. Ersuche sofort, diesen Bestrebungen öffentlich entgegenzutreten und unverzüglich als verantwortlicher Minister des Innern nach München zurückzukommen. Königsbauer.“

Die „Münchener Morgenpost“ bemerkt dazu: Wir erlauben uns, auf Grund dieser neuen hochhoffiziellen Bekräftigung der Rechtsputzisten die beabsichtigte Anfrage, was die bayerische Regierung inzwischen getan hat, um die Kahrrebellien mit der Strenge des Gesetzes zu verfolgen, mit der sie den „Linksputzisten“ gegenüber immer so sehr proht.

Aburteilung der Kriegsbeschuldigten

Angenügende Genugtuung des Reichsgerichts

Paris, 14. Januar.

Die von der Kommission in Sachen der Kriegsbeschuldigten gefaßten Entscheidungen, die dem Obersten Rat unterbreitet werden, lauten:

1. Das Reichsgericht in Leipzig hat bis jetzt sein Urteil in neun ihm vorgelegten Fällen über die „Kriegsverbrecher“ gesprochen, davon drei auf Veranlassung der französischen Regierung, eines auf Veranlassung der belgischen Regierung, und vier auf Veranlassung der britischen Regierung und eins, das auf Initiative der deutschen Behörden zurückzuführen ist. Die italienische Regierung hat vor einigen Monaten dem Reichsgericht ihre Akten über verschiedene andere Fälle übermittelt. Es kam bisher keiner dieser Fälle zur Verhandlung. Was das Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig anbelangt, so geht die übereinstimmende Ansicht der Kommission dahin, daß das Gericht mit ganz geringen Ausnahmen insofern keinerlei Genugtuung gegeben habe, als es nicht genügende Bemühungen zur Aufklärung der Wahrheit unternommen habe. Was die Urteile des Reichsgerichts selbst angeht, so geht die Ansicht der Kommission dahin, daß in fast allen Fällen das Reichsgericht keine Genugtuung gab insofern, als einzelne Angeklagte freigesprochen wurden, während sie hätten verurteilt werden müssen und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig befunden wurden, die ausgesprochene Strafe nicht genügend war.

2. Die einstimmige Ansicht der Kommission geht dahin, daß man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen kann, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht in Leipzig unterbreitet werden. Infolgedessen ist die Kommission einstimmig der Ansicht, daß von nun an der Text des Artikels 228 des Vertrages von Versailles in Übereinstimmung mit der alliierten Note vom 7. Mai 1920 lester Absh in Kraft geht und daß die deutsche Regierung aufgesordert werden muß, die Angeklagten den alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Kämpfe in Georgien

Nach einer Meldung des georgischen Pressebureaus haben die russischen Okkupationsstruppen in Swanetien (Westgeorgien) eine schwere Niederlage erlitten und mühen die Provinz räumen. Ganz Swanetien ist heute frei. Auf Massenversammlungen werden Entscheidungen gefaßt, die der im Exil befindlichen Regierung, Zerdania, unverbrüchliche Treue geloben und den brutalen Terror der russischen Okkupanten verdammen.

Die Niederlage der russischen Truppen in Swanetien soll zu einer Auflösung der übrigen russischen Okkupationsarmeen in Georgien geführt haben: Die Kautaischer Garnison, die Befehl erhielt, nach der Front von Swanetien abzumarschieren, weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten.

Die Besichtigungstour in Oberschlesien, die der Präsident für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Calonder, mit mehreren schweizerischen Fachleuten unternommen hatte, ist zu ihrem Abschluß gelangt. Calonder kehrt unmittelbar nach Genf zurück, um die Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz vorzubereiten.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 16. bis 22. Januar d. J. unverändert wie in der Woche vom Preise von 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 360 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Internationale Minderheiten-Konferenz. Vom 19. bis 21. Jan. wird laut V. V. R. in Brüssel eine Kommission für Minderheiten tagen, welche vom Generalrat des Weltverbandes der Völkerbundsgesellschaften einberufen worden ist. Als Vertreter der deutschen Liga für Völkerbund wird Graf Bernsdorff daran teilnehmen. Zweck der Tagung ist die Vorbereitung von Vorschlägen für den Minderheitenschutz, die der Generalversammlung des Weltverbandes Ostern in Prag vorgelegt werden sollen.

Rücktritt der litauischen Regierung. Infolge von Differenzen in der Agrarfrage haben die litauischen Sozialdemokraten den Premierminister Dr. Grinine zurückgerufen. Das Gesamtkabinettsministerium ist daraufhin zurückgetreten.

Die Einlage der Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1921 2 500 452 000 Dollar; davon entfielen 691 267 000 Dollar auf Gold und 63 243 000 Dollar auf Silber. Die Ausfuhr betrug sich im gleichen Zeitraum auf 4 484 767 000 Dollar, darunter 23 630 000 Dollar Gold und 61 675 000 Dollar Silber.

Masse und Clique

Zum Todestage Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

„Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Massenmasse des Volkes.“

Nach dem 9. November 1918 ist das Schlagwort vom „revolutionären Proletariat“ in Schwung gekommen, das wie alle Schlagwörter manches Unheil angerichtet hat. Rosa Luxemburg sagte am 1. Januar 1919 auf dem Gründungspartheitag der R. P. D., das deutsche Volk habe während der vier Kriegsjahre Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen und sich von den Herrschenden zu jeder Schandtat mißbrauchen lassen, so daß es im November 1918 nicht eine großartige Klassen- und zielewache Revolution erleben konnte. Daher sei dem 9. November zunächst eine mehr oder weniger chaotische, planlose, sehr wenig bewußte Bewegung gefolgt. Die Umwälzung sei „bewußtlos wie ein Kind gewesen, das hinausstappt, ohne zu wissen, wohin.“

Mit dieser Beurteilung der Novemberereignisse wird jeder, der damals in der Arbeiterbewegung tätig war — gleichviel bei welcher Richtung — einverstanden sein. Damit stimmen auch die Ansichten Noskes überein, der in seinem Buche: „Von Kiel bis Kapp“ in abgeschmackter Weise über die mangelnde Zielfestigkeit vieler Revolutionäre höhnt. Aus dieser übereinstimmenden Beurteilung der Sachlage wurden indes die verschiedensten Schlussfolgerungen gezogen. Die Rechtssozialisten und die Volkswirtschaftler meinten, das „bewußtlose, kindliche Proletariat“ (um die Ausdrücke Rosa Luxemburgs zu wiederholen), das keinen eigenen klaren Willen habe, müsse geleitet, gegängelt, beherrscht werden. Die Rechtssozialisten glaubten, die Arbeiter während des Krieges und nachher zur Ruhe gegen seine bisherigen Herren ermahnen und ihnen zureden zu müssen, das bisher getragene Joch weiter zu tragen, da es ja von vielen noch gar nicht in seiner vollen Schwere empfunden wurde.

Die Volkswirtschaftler schämen das Proletariat nicht höher ein als Roste. Sie reden zwar immerwährend von dem „revolutionären Proletariat“, meinen aber damit nur diejenigen Arbeiter, die sich von ihnen beherrschen lassen und die bereit sind, durch Anwendung militärischer oder sonstiger Machtmittel dem gesamten Proletariat eine solche politische und wirtschaftliche Macht zu schenken, um die es noch nicht selbst kämpfen will.

Ganz anders dachten Rosa Luxemburg und ihre engsten Freunde. Es kann nicht geleugnet werden, daß sie in tatsächlichen Fragen vielfach von der U. S. P. abwich, aber von den Volkswirtschaftlern trennte sie ein grundsätzlicher Unterschied. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen.“ Und sie fuhr fort zu sagen, die Geschichte mache es den Arbeitern nicht so bequem, wie es in bürgerlichen Revolutionen war, daß es genüge, das Zentrum der offiziellen Gewalt zu stützen und durch ein paar Duzend neue Männer zu ersetzen. Dem Charakter der proletarischen Revolution entspreche es, die Eroberung der politischen Macht nicht von oben, sondern von unten her durchzuführen. Daher sagte sie auch im Spartakusprogramm, das einen Monat vor ihrem Tode veröffentlicht wurde, im deutschen Gegensatz zu den Rechtssozialisten als auch zu den Volkswirtschaftlern:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst leitet und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt... Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Unterklasse. Am 1. Januar 1919 hielt sie eine Rede, von der sie selbst wußte, daß sie von vielen als Staatsmacherspiel empfunden wurde, wobei sie u. a. sagte:

Neue Belastung für die Minderbemittelten!

Brotpreissteigerung um 70 Prozent

Das Reichskabinett hat vorgestern beschlossen, die Reichsgetreidebestelle zu ermächtigen, den Getreidepreis ab 16. Februar 1922 soweit zu erhöhen, daß diese Steigerung eine Erhöhung von ungefähr 75 Prozent des gegenwärtigen Brotpreises ausmachen wird. Mit anderen Worten, der Brotpreis, der zur Zeit für das 1900-Gramm-Brot sich im Durchschnitt auf etwa 7 Mark stellt, von Mitte Februar ab rund 12,25 Mark betragen wird. Zur Begründung dieser Maßnahme wird vom Reichsernährungsministerium folgendes mitgeteilt:

Als die Regierung das letzte mal den gegenwärtigen Brotpreis festsetzte, hatte sie die Absicht, diesen Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres, d. h. bis zum 15. August 1922, beizubehalten. Seit geraumer Zeit erweist sich jedoch die Durchführung dieser Absicht als unmöglich, und die Reichsregierung sah sich zu dem schweren Schritt einer ganz beträchtlichen Brotpreissteigerung gezwungen. Ausschlaggebend ist dabei der außerordentliche Druck von Seiten der Entente, der seit Jahresfrist dahin geht, daß die Zuschüsse, die das Reich zur Verbilligung der Lebensmittel ausgeben hat, abgebaut und möglichst vollständig eingestellt werden. Ausschlaggebend für den Standpunkt der Entente ist dabei vor allem, daß in Deutschland infolge der Lebensmittelschüsse des Reiches die Preise bedeutend niedriger gehalten werden wie im Ausland, daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker in Erscheinung tritt. Bereits im Haushaltsplan für das Jahr 1921-22 hat das Reich einen wesentlichen Abbau der Lebensmittelschüsse vorgenommen. Aber es waren immerhin noch 3,27 Milliarden Mark für Verbilligung des Brotes einzusetzen, während allerdings der Zuschuß für das Haushaltsjahr 1920-21 noch ungefähr 9-10 Milliarden betrug. Ursprünglich hatte man gedacht, mit den bewilligten 3,27 Milliarden den gegenwärtigen Brotpreis für das Haushaltsjahr, d. h. bis zum 31. 3. 1922, durchhalten zu können. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Der katastrophale Sturz der deutschen Mark im Herbst des letzten Jahres hatte jede Berechnung über den Haufen geworfen.

Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert 4 1/2 Millionen Tonnen, wovon 2 1/2 Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden soll. Die Kosten des Auslandgetreides liegen dabei um ein Mehrfaches über dem Verkaufspreis im Ausland durch die Reichsgetreidebestelle. Ihr Abgabepreis liegt nur wenig über dem Umlagegetreidepreis. Daraus ergaben sich die starken Zuschüsse durch das Reich. Trotzdem einem Beschluß des Reichstages folgend von der Reichsgetreidebestelle in jüngster Zeit auch freies Inlandgetreide aufzukaufen worden ist, veranschlagt die Veranschlagung der Valuta die ausgeworfenen Summen. Sollte der bisherige Abgabepreis des Getreides beibehalten werden, so erwürde dem Reiche eine Gesamtausgabe für Auslandgetreide durch Verbilligungszuschüsse von etwa 16,4 Milliarden Mark für das am 15. August 1922 ablaufende Wirtschaftsjahr; außer den bereits bewilligten 3,27 Milliarden Mark wären also noch weitere 13,15 Milliarden Mark erforderlich. Dieser Berechnung ist ein Dollarkurs von 180 zugrunde gelegt; bei einem Dollarkurs von rund 300 würden sich die Zuschüsse bereits auf 23 Milliarden Mark erhöhen. Selbst bei einem Kursstand des Dollars von 100 Mark würde die Zubuße des Reiches für die Brotverbilligung bis zum 15. August 1922 immer noch über 12 Milliarden Mark betragen. In jedem Falle würde das Reich seine Lebensmittelschüsse nicht,

wie von der Entente unter starkem Druck gefordert, abbauen, sondern wesentlich über den Etat des vorigen Jahres hinausgehen. Aber auch innerpolitisch verträglich die Finanzlage des Reiches keine Belastung mit rund 23 Milliarden Mark für Verbilligung des Brotes.

Bei einer Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent erzielt das Reich eine Ersparung von 6 Milliarden Mark. Aber es müssen immer noch 8 1/2 Milliarden angefordert werden, von denen allerdings die mehrfach erwähnten 3,27 Milliarden bereits bewilligt sind. Einen völligen Abbau der Brotverbilligung hält die Reichsregierung zur Zeit nämlich für unmöglich. Denn durch die jetzige Brotpreissteigerung wird nach amtlicher Berechnung jeder Arbeiter pro Arbeitsstunde mit 11 Pfennig belastet, während die Aufbesserung seines Lohnes 75 Pfennig beträgt, d. h. daß bei einer vierköpfigen Familie von den 75 Pfennigen schon 43 1/2 Pfennig durch die Brotpreissteigerung verbraucht werden, in einer Zeit, wo alle übrigen Preise in ähnlicher Weise sich steigern.

Im laufenden Wirtschaftsjahr wird die Brotkrise in den einzelnen Gemeinden wie bisher in Geltung bleiben. Eine Erhöhung der Umlage für das laufende Wirtschaftsjahr hält man für völlig undurchführbar, denn schon die Einbringung der 2,5 Millionen Tonnen Umlagegetreide macht große Schwierigkeiten.

Diese Mitteilungen befähigen das, was wir schon immer vorausgesagt haben, daß nämlich die Regierung vor den Agrariern vollständig kapitulieren wird. Durch die Verbilligung des Reichsernährungsministeriums wird der Ein- und Ausfuhrdruck, als ob das fehlende Quantum an Brotgetreide im Ausland angekauft worden sei und daß dort infolge der Verschlechterung der Valuta höhere Preise gezahlt werden müßten. Diese Darstellung ist durchaus irreführend; die höheren Preise sind nicht ins Ausland geflossen, sondern man hat sie den deutschen Produzenten in den Schößen geworfen. Es bestand schon längst die Gefahr, daß die im Umlageverfahren zu bedeckende Menge an Brotgetreide nicht abgeliefert werden würde; das Reichsernährungsministerium hat nichts getan, um die Agrarier zur Ablieferung des Getreides zu zwingen. Es hat mit verschärften Armen zugegriffen, wie das eigentlich zur Ablieferung bestimmte Getreide auf den freien Markt gebracht wurde, wo es dann von den Regierungsstellen zu Preisen, die nicht viel unter Weltmarkthöhe standen, aufzukaufen werden mußte. Die jetzige Beschränkung des Reichszuschusses für die Verbilligung des Brotpreises ist also in seiner Wirkung nichts anderes als ein neues großes Milliardengeschäft an die Engländer von Brotgetreide.

Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben nunmehr die Pflicht, diesen Schlag, den das Reichsernährungsministerium auf die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung führt, schnellst zu parieren. Die amtliche Begründung weist selbst darauf hin, in welcher Weise das Arbeitseinkommen durch die neue Brotpreissteigerung belastet wird. Es ist Sorge dafür zu treffen, daß die arbeitende Bevölkerung nicht etwa mit einer Verärgerung auf die in den letzten Monaten eingetretenen Lohn- und Gehaltserhöhungen abgefaßt, sondern daß noch vor dem 15. Februar eine Lohnsteigerung durchgeführt wird, die die neue Verteuerung des Brotpreises wettgemacht.

Monarchisten (namentlich im Januar und März 1919), durch die bei vielen Arbeitern, die nur oberflächlich dachten, der von Rosa Luxemburg bekämpfte Glaube sich befestigte, es könne mit einigen tausend Gewehren und Handgranaten der Sozialismus herbeigeführt werden — weil anscheinend die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung auf den Waffen der monarchistischen Freikorps beruhte, als deren Leiter der Rechtssozialist Noske erschien, obwohl er nur ihre Puppe war.

Die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, kann nur durch die Masse des Proletariats selbst geschehen. Dieser Kampf kann weder durch parlamentarische Koalitions-geschäfte der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien, durch terroristische Akte einer kleinen proletarischen Minderheit ersetzt werden.

Die Preisbewegung im Dezember

Vorübergehende Senkung, erneute Aufwärtsbewegung

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der Kohlen- und Eisenpreissteigerungen von 3416 im Durchschnitt des Monats November auf 3487 im Durchschnitt des Monats Dezember gestiegen. Die für die anderen Waren gegen Ende November eingetretene Preis-senkung, die Mitte Dezember einen gewissen Tiefpunkt erreichte, wurde mit wiederanstehenden Devisenkursen gegen Monatsende durch eine erneute Aufwärtsbewegung der Preise abgelöst, ohne daß aber im Monatsdurchschnitt das Niveau von November wieder erreicht wurde.

Es gingen im Monatsdurchschnitt Getreide und Kartoffeln von 3197 auf 3127 zurück; Fette, Zucker, Fleisch und Fische von 3154 auf 3106; Kolonialwaren von 4923 auf 4652; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 3308 auf 3229; ferner Häute und Leder von 6077 auf 4054; Textilien von 6518 auf 6158; Metalle von 5123 auf 4579; wogegen Kohle und Eisen von 2580 auf 3298 emporschnallten. Infolge dieser Erhöhung der Preise von Kohle und Eisen stieg die Gesamtziffer der Industriestoffe von 3618 auf 3969, die der Industriewaren von 2967 auf 3170, während die vorwiegend aus dem Ausland eingeführten Waren gleichlaufend mit dem Dollarkurs, der im Monatsdurchschnitt um 27 v. H. nachgegeben hatte, von 5662 auf 5071 oder um 10 v. H. zurückgingen.

Kinderzulagen an Beamte

Wie die V. P. R. an zuständiger Stelle erfahren, besteht der preussische Justizminister auf Grund einer im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister herausgegebenen Verfügung, daß den Beamten, die am 31. März 1920 für über 21 Jahre alte, noch in der Schule und der Berufsausübung befindliche Kinderzulagen bezogen haben, längstens bis zum 31. März 1922 und nicht über das vollendete 24. Lebensjahr hinaus auf Antrag die Zulage in Höhe von 50 Mark monatlich weiter bewilligt werden kann, solange die Voraussetzungen über die seinerzeit erfolgte Bewilligung fortbestehen. Die Weiterbewilligung über das vollendete 24. Lebensjahr hinaus kann nur in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung des Justizministers erfolgen. Die gleichen Bestimmungen gelten für Zulagenempfänger, die die Zulagen bisher für wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähige Kinder über 21 Jahre erhalten haben.

Für Kinder, die nach dem 31. März 1920 ihr 21. Lebensjahr vollendet haben oder noch vollenden, und für über 21 Jahre alte Kinder von Wartegeldempfängern, Ruhegeldempfängern und Witwen von Beamten können Kinderzulagen nicht bewilligt werden.

Eine Rundgebung des Beamtenbundes

Die Pressenabteilung des Deutschen Beamtenbundes teilt mit: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat bei Verzicht seiner Vertreter über die Verhandlungen mit der Regierung entgegengenommen und es kennt deren Haltung an. Obwohl festzustellen ist, daß die von Deutschen Beamtenbund aufgestellte Forderung nach sozialer Gestaltung des Steuerungsanschlages im Prinzip verwirklicht werden soll, kann er nach Prüfung aller Verhältnisse dem Vorschlag seiner Vertreter auf Annahme der von der Regierung angebotenen Regelung nicht beitreten. Er lehnt sie deshalb in ihrem Endergebnis ab. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wird seine Forderung an Erhöhung und sozialere Gestaltung der Grundgehälter weiter vertreten und behält sich die zur Durchsetzung seiner Forderung notwendigen Maßnahmen vor.

Automobilinspektionen und anderes

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen drei Spalten langen Brief von Trozki, der allerdings spießig über „Linde“ und „Besondere Linke“, über „Taktik“, über sozialdemokratische „Salunden“ und ähnliche Dinge enthält. Von Interesse ist lediglich folgender Passus:

„Zwei oder dreimal hat ich in dieser Zeit Gelegenheit, mich wenn auch flüchtig, mit den Artikeln des Genossen Maslow und seiner nächsten Genossinnen zu betonen. Ich weiß nicht, ob man auch über sie den Stab brechen soll, d. h., ob man die Hoffnung aufgeben soll, daß diese Genossen irgend wann irgend etwas lernen. Es muß aber festgestellt werden, daß zu dem Kongreß sie jedenfalls nichts gelernt haben. Es ist unmöglich, mit ihnen als Marxisten zu rechnen. Sie fallen der geschichtlichen Theorie von Marx automatisch auf und ergänzen sie durch einen jüdischen revolutionären Subjektivismus. Solche Elemente schlagen bei der ersten Wendung der Ereignisse leicht ins Gegenteil um. Heute befanden sie, daß die ökonomische Krise sich unermesslich und ohne Unterbrechung bis zur Diktatur des Proletariats vertiefen wird. Und morgen, wenn eine gewisse Besserung der ökonomischen Konjunktur ihnen einen Klaps verleiht, werden viele von ihnen zu Reformisten werden.“

Maslow, der von Trozki so schlecht behandelt wird, ist zur Zeit das geistige Haupt in der „Rote Fahne“ und außerdem spiritus rector in der Zentrale der R. P. D.

Derselbe Maslow veröffentlicht in der „Verglichenen Volksstimme“ einen Artikel gegen Richard Müller. Man ersieht folgendes aus ihm:

Freilich, wer im Auto umherfährt, um sich die Kämpfe der Partei anzusehen, oder Unterdrückten kommt zum Angriff gegen die Partei, wenn sie von Feinden angegriffen wird, das weiß jeder, was „Futurismus“ ist. Aber er bleibe mit seiner Weisheit lieber dort, wo ihn die Arbeiter nicht hören; die er stehen, in diesen Dingen keinen Spieß mehr und halten, „ungebildet“ wie sie sind, Automobilinspektionen während der Aktion für ein harmloses Spielchen.

Trotz dieser ekelerregenden Auseinandersetzungen schließt Trotzki seinen oben erwähnten Brief mit der Behauptung, die Kommunistische Partei sei „die wahre Partei der deutschen Arbeiterklasse“. Wenn man nicht wüßte, daß Trotzki seinen Wohnsitz in Moskau hat, so könnte man glauben, er lebe im Monde.

Zähne 5 u. 8 Mk. mit Friedenskaufschutz

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 4

Porzellan

Glas

Steingut

Weiß mit kleinen Fehlern
Speiseteller nach 480
Broteller 285
Kompotteller 175
Bratenplatten v. 750 bis 34 M
Saucieren 1650
Kartoffelnäpfe 26 M 1950
Kompottschüss. 75 Pt. 175

Kaffeekannen 1550 19 M
Teekannen 18 M 33 M
Zuckerdosens 1 M
Milchtöpfe 105 bis 975
Teetassen 360 450
Tassen sortierte Formen 125
Obertassen 95 Pt. für Restaurants 185

Bierbecher glatt 225 bis 425
Groggläser gepreßt 340 300
Likörgläser gepreßt 343
Teebecher glatt 115
Wassergläser glatt 120
Wassergläser Mundwasser 210
Wassergläser gepreßt 110 bis 220
Butterglocken gepreßt 14 M 1550
Käseglocken gepreßt 1450

Wasserkannen elfenbeinfarbig und bunt 1250 1450
Waschschüsseln 1950
Waschgarnituren 85 M
Seif- u. Bürstenschale 1 M
Terrinen bunt 1250
Kartoffelnäpfe bunt 825
Bratenplatten oval 2 M

Gemüseschüssel rund 365
Teekannen weiß 475 525 675
Zuckerdosens weiß 375 475
Milchtöpfe blau Zwi- belmuster 200 bis 650
Obstkörbe m. durchdr. Band 9 M 18 M
Küchengarnit. 23 teilig 195 M
Vorratsbüchsen 575
Butterdosens schwarz, dekor. 875

Bunt
Kaffeesevice für 6 Personen 72 M 85 M
Kaffeeteller 200 300
Kaffeegeschirr Elvira
Kaffeekannen 24 M b. 47 M
Milchtöpfe 875 bis 19 M
Tassen 850
Zuckerschalen 650
Butterglocken 32 M

Küchengarnituren 22 teilig, modernes Muster 260 M
Tassen 8 M
Kaffeegeschirr Schwarzburg
Kaffeekannen 29 M b. 80 M
Teekannen 55 M
Tassen 1950
Milchtöpfe 1650 bis 2250
Zuckerdosens 32 M 39 M

Kompottschüsseln
Oliven 875
Hansa 650 875
Perloptisch 12 M
Kompotteller gepreßt 125 185
Wasserflaschen mit Glas 75 875
Blumenvasen 360 bis 875
Bowlen geschliffen 85 M bis 165 M

Braun glasiert
Backformen von 270 bis 1050
Küchenschüsseln 160 bis 825
Teekannen von 975 bis 16 M
Kaffeekannen v. 975 bis 16 M

Milchtöpfe 475
Zuckerschalen 175
Tassen 290
Schokoladenkannen in verschiedenen Preislagen

Schwarzwälder Töpfereien als Vasen, Schalen, Töpfe von 700 bis 34 M

Bunt dekorierte Tonwaren Tassen, Töpfe, Schüsseln, Kannen besonders billig

Kaffeetassen mit Goldband 465

Kristall-Römer weiß u. farbig geschliffen von 6750 bis 237 M

Teller tief und flach 165 Dessert 155 Kompott 145

Leipziger Straße
Abt. Damenkleider
aus Bayern, Schwarzwald, Schwaben, Holland, Schweden, Norwegen, Spanien, Rumänien, Italien und Rußland - Dirndlkleider

Ausstellung von Volkstrachten

Theater u. Vergnügungen
Volksbühne
Neues Volksbühnen
Staatstheater
Deutsches Theater
Kammerspiele
Anatol
Großes Schauspielhaus
Waltner-Theater
Spitzenkönigin
Theater des Ostens

Resident Theater
Das weite Land
Elga
Jaquette
Die Ehe im Kreise
Prinzessin Olala
Die Mondscheindame

Römische Oper
Der Herr der Welt
Residenz-Kasino
Das Paradies der Witwenbälle

BERLINER THEATER
Stark ermäßigte Preise für Abonnenten!
Ausschneiden!
Prinzessin Olala
Anweisung auf 1-6 Plätze
Täglich 7 1/2

SCHAUBURG
Königsgrätzer Straße 121
Heute 2 Uraufführungen!
Lotte Lore
Treulose Frauen

KARL KAUTSKY
Irland
Buchhandlung „Freiheit“

Heinrich Heine
Die soziale Weltrevolution
Trotz Warenknappheit Teppichen

Möbel
Möbel-Cohn

Ausschneiden!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“

Café Zielka
Friedrichstraße 59/60, Ecke Leipziger Str.
Heitere Spiele u. Margaretensaal
Tägl. 2 Vorstellungen 4 1/2 u. 7 1/2 Uhr
Sonntag im Billard-Turniersaal, abends 8 Uhr
Billard-Turnier der holländischen Meisterspielerin Fräulein Lies Schrier gegen Robert Zielka

Zentralverband der Angestellten
WINTERFEST
Künstlerisches Programm
TANZ

Berliner Wohnungsnachweise

Die Notlage der „Möblierten“ • Ein neues Gewerbe • Ruhen und Notwendigkeit der Kommunalisierung

Die anhaltende Wohnungsnot stellt wohl das ernsteste sozialpolitische Problem der Gegenwart dar, dessen kulturelle, hygienische und auch kriminelle Folgen sich überall bemerkbar machen, ohne doch statistisch meßbar zu sein. Die Grundlagen unseres gesamten Lebens werden dadurch in mancher Beziehung verändert, und die Gesetzgebung vermag sich nur schwer den neuen Verhältnissen anzupassen, ganz von den kapitalistisch-reaktionären Hemmungen abgesehen, die sich einer sozialen Regelung entgegenstellen.

Die mannigfachen Schwierigkeiten, heute eine Wohnung zu finden, haben ein neues Gewerbe geschaffen, das sich die Vermittlung von Räumen als Aufgabe gestellt hat oder doch wenigstens gestellt zu haben vorgibt — die privaten Wohnungsnachweise. Besonders zur Erlangung eines möblierten Zimmers bieten sie beinahe die einzige Möglichkeit.

Für die Inhaber unmöblierter Wohnungen sind die vorhandenen Bestimmungen noch einigermaßen ein Schutz. Die Preisliste wird durch die Mietregulierungsämter kontrolliert, und wer erst einmal in seinen abgeschlossenen vier Wänden sitzt, kann einen Kampf mit dem Hauswirt aufnehmen. Die „Möblierten“ dagegen sind jeder Willkür der Vermieter preisgegeben, und die papierenen Bestimmungen können ihnen nur wenig helfen. Theoretisch liegt die Sache freilich ganz einfach. Man geht auf das Wohnungsamt, wo alle möblierten Zimmer angegeben sind, bekommt eine nachgewiesene, der Mietspreis wird nach wohlausgedachten arithmetischen Formeln festgesetzt, man zieht ein und sitzt dann warm und sicher, ohne daß einem gefährdet werden darf. Theoretisch!

In der Praxis jedoch besteht für möblierte Zimmer so gut wie unbeschränkt der freie Markt, auf dem sich die riefenhafte Nachfrage nach dem sehr kleinen Angebot regelt. Die Preise, die gegenwärtig für möblierte Zimmer gezahlt werden, sind denn auch geradezu exorbitant und werden nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß einige Hunderttausend Ausländer mit guter Valuta in Berlin leben, die den Maßstab für das, was verlangt wird, und wohl oder übel auch bezahlen müssen. Im Westen sind tausend Mark für ein Zimmer durchaus keine Seltenheit, und es ist keineswegs gefehlt, daß darin die Nebenausgaben (Heizung, Beleuchtung, Bedienung und Benutzung des Telefons) schon einbezogen sind. Nach den geltenden Vorschriften wäre es allerdings möglich, ein derartiges Zimmer zu mieten, innerhalb vierzehn Tagen Einspruch zu erheben und den Mietspreis durch das Wohnungsamt abschätzen zu lassen. Aber jeder Unversehrte, der auf ein möbliertes Zimmer angewiesen ist, wird ein so risikantes Unternehmen höchst unterlassen, weil er aus diesen Erfahrungen weiß, welche Schlägen einem Vermieter zur Verfügung stehen, wenn er einen unbesonnenen Mieter zu vertreiben wünscht. Diese kleinlich-kleinlichen Quälereien machen auch alle gesetzlichen Kautelen gegen Kündigungen bei möblierten Zimmern unwirksam, und wenn der Vermieter ernsthaft darauf besteht, bleibt dem „Möblierten“ nichts anderes übrig, als sich nach einer neuen Stätte umzusehen, wo er sein müdes Haupt hinlegen kann.

Der unglückliche Wohnungslose wird nun nach der Zeitung greifen und wird dort auch eine Anzahl Angebote finden — von Vermittlungsbureaus. Das Inserieren von Wohnräumen jeder Art ist zwar verboten, und in der Tat sieht man nur noch selten derartige Annoncen, ein Umstand übrigens, der nicht so sehr der Achtung vor dem Gesetz als der Tatsache entspringt, daß es die Vermieter nicht mehr nötig haben, Geld für eine Annonce auszugeben. Häufig inserieren die Vermittlungsbureaus in einer Form, daß man an ein direktes Angebot glaubt, so daß der Suchende dann bei dem allein seligmachenden Agenten landet. Er rechnet dabei mit Recht auf die Entlassung des Ermittelten, dem kein anderer Ausweg mehr bleibt.

Einen Ausweg allerdings gibt es noch: man inseriert selbst. Denn eigentlicherweise ist es zwar verboten, Angebote anzugeben, aber es ist erlaubt, durch die Zeitung eine Wohnung zu suchen. Bisweilen meldet sich auch jemand auf eine Annonce. Eins ist jedoch sicher: von zwanzig Offerten kommen achtzehn von Vermittlungsbureaus. Sie sind unabweisbar wie das Schicksal, und wer eine Wohnung sucht, muß durch sie hindurch, wie die Seele, die in den Himmel will, zuerst durch das Feuer gehen.

Die geschäftlichen Formen, mit denen dieser neue Erwerbszweig arbeitet, sind sehr mannigfaltig, und wenn man mehrere Brüder der Kunst besucht hat, hat man einen praktischen Kursus über das Agentenwesen hinter sich. Ein sehr erheblicher Teil beruht einfach auf bluff. Man behauptet seine Provision, und darf sich dann im übrigen selber nach einer passenden Unterkunft umsehen.

Höhe und Zahlungsmodus der Provision sind sehr verschieden, und der Kenner vermag schon daran die Reellität des Unternehmens zu erkennen. Es gibt Institute, die sich gleich von vornherein hundert Mark für jedes möblierte Zimmer zahlen lassen, das man durch ihre Vermittlung zu mieten wünscht. Man erhält dafür einige Adressen, die man nicht selten vergeblich anschaut, weil die Wohnung bereits anderweitig vergeben ist. Denn selbstverständlich wenden sich die Vermieter fast immer an mehrere Nachweise, und ebenso geben die Bureaus mindestens am gleichen Tage mehreren dieselben Adressen an. Die reellere Geschäftslage lassen sich eine einmalige Einschreibgebühr zahlen und Prozente von der ersten Rate, die zwischen 10 v. H. der ersten Monats- und 10 v. H. der ersten Jahresmiete schwanken. Dabei geht natürlich mancher, der glücklich eine Wohnung gefunden hat, durch die Lappen. Die Agenturen sind

daher äußerst vorsichtig. Beispielsweise geben sie unter keinen Umständen eine Adresse durch das Telefon an.

Das Hauptgeschäft stellt, wie gelagt, die Vermittlung möblierter Zimmer dar, die ja auch Ratthast ist. Aber selbstredend befaßt sich die Agenturen auch mit unmöblierten Wohnungen und — Bureauräumen. Bureauräume sind nämlich der öffentlichen Kontrolle entzogen, und folglich heißt jede leere Wohnung ein Bureau. Es gibt Stiebszimmer-Bureaus mit allem Komfort, meistens noch mit der beliebten Möbelübernahme, die eine besondere Form des Wohnungswuchers darstellt. Schließlich fällt in das Arbeitsgebiet der Vermittlungen noch der Wohnungstausch. Mit der Zeit hat sich eine gewisse Teilung zwischen der Vermittlung möblierter Zimmer und der von Geschäftsräumen ergeben.

Das Entstehen dieses neuen Gewerbes aus einem anerkannten öffentlichen Notstand bezeichnet ein bedauerliches Versagen der zuständigen Körperschaften. Die Vorkaufsfristigkeit der Wohnungsfürsorge wird zu einem beträchtlichen Teile von den Vermittlungsbureaus genährt, deren Tätigkeit teils neben, teils außer dem Gesetz verläuft. Offenbar besteht ein Bedürfnis für solche Agenturen, aber sowohl soziale als auch finanzielle Gründe sprechen dafür, daß sie der Privatwirtschaft entzogen und der öffentlichen Regulierung unterstellt werden. Die Gemeinden unterhalten einen umfangreichen und kostspieligen Apparat, um die drückende Wohnungsnot zu bekämpfen. Es darf nicht zulässig bleiben, daß daneben Agenturen arbeiten, deren auf Ruhen eingestellte Tätigkeit notwendigerweise eine Gefährdung der wirtschaftlich Schwächeren mit sich bringen muß.

Die Technik der Vermittlungstätigkeit kann ernsthaft nicht als Hindernis der Kommunalisierung angesehen werden. Auch die Wohnungsnachweise lösen nur mit Wasser und Feuer zu erhalten nur durch Inserate und Reklame ihre Adressen. Dabei sind die Untoten vieler Unternehmungen gleich Null. Man muß daher mit allem Nachdruck fordern, daß die Stadt ihre Wohnungsämter durch derartige Einrichtungen ergänzt, deren Ausgaben reichlich durch eine bescheidene Einschreibgebühr und eine geringe Provision eingebracht werden würden, wobei es sich von selbst versteht, daß die Gebühren nicht in Wucher ausarten dürfen. Insbesondere würden dadurch auch die Miethände, wenigstens zum Teil, befreit werden, die unter den jetzigen Verhältnissen die „Möblierten“ der beinahe unbeschränkten Willkür und Korruption von Vermietern und Agenten ausliefern.

Aus den Bezirken

Die in letzter Zeit häufig beobachtete Unsicherheit in der Nähe der städtischen Wohnhausiedlung am Bahnhof Köpenicker Heide, sowie in der Gegend des Industrie- und Arbeiterviertels hat das Bezirksamt Neukölln veranlaßt, diesem Umstand seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wie der Leiter des Neuköllner Polizeiamtes nunmehr dem Bezirksamt mitteilt, hat, ist von diesem die Notwendigkeit einer verstärkten Ueberwachung des Siedlungsgeländes anerkannt worden. Demzufolge sind jetzt bei der Schutzpolizei Neukölln Anordnungen zur Erhöhung des Streifenganges sowie zur Ansetzung besonderer Radstreifen während der Nachtstunden durch das in Frage kommende Stadtgebiet getroffen. Diese Maßnahme dürfte in Sonderheit von den häufig bedrohten Bewohnern der Siedlung am Dammweg und der dort belagerten Beamtenwohnhäuser dankbar begrüßt werden.

Die kürzlich veröffentlichten Meldungen über die Abreise der Quäker zur Hilfeleistung nach Rußland haben verschiedentlich den Eindruck erweckt, als ob mit diesem Zeitpunkt nunmehr auch die Sperlungen selbst endgültig eingestellt seien. Diese Befürchtung ist grundlos. Die Sperlungen werden vielmehr mit Unterstützung der deutschen Behörden zunächst bis zum 1. Juli weiter durchgeführt. Im Verwaltungsbezirk Neukölln bietet sich gegen-

wärtig noch für eine Anzahl werdender und stillender Mütter Gelegenheit zur Teilnahme, und zwar werden diesbezügliche Anmeldungen werktags im Bureau der Quäkerkirche, Bergstraße 55, in der Zeit von 9 bis 2 Uhr entgegengenommen. Es empfiehlt sich, die Anmeldungen umgehend zu bewirken.

Im Lichtenberger Rathaus tagte eine Versammlung der Reinigungsfrauen der Schulen und Verwaltungsgebäude des Bezirks 17. Die Arbeitszeit der Frauen betrug bisher täglich 3 Stunden. Vom Bezirksamt wurde auf Anordnung des Magistrats die Arbeitszeit auf dreimal 3 Stunden wöchentlich herabgesetzt. Hierdurch wird den Reinigungsfrauen die notwendige Lebenseristenz genommen. Es wurde beschlossen, eine Streikleitung zu wählen, der die Einleitung einer Aktion übertragen wurde.

Republikanisches Idyll

In der preussischen Staatsbibliothek, so schreibt man uns, zog kürzlich ein neuer Herr in der Person des von Breslau kommenden Generaldirektors Millau ein. Nicht nur dienstlich, sondern auch privat, wenn man so sagen darf. Ein gewisser Teil der Diensträume wurde dem Herrn Generaldirektor nämlich zur Benutzung als Wohnung zur Verfügung gestellt, eine Maßnahme, die gewiß sehr zweckmäßig und vernünftig ist, weshalb sie von den staatlichen Stellen in der Regel nur angewendet wird, wenn es sich um Ranghöherer Ordnung handelt.

In seiner neuen Wohnung fand der Herr Generaldirektor eine Büste Wilhelms II. vor. Sie war nicht mehr ganz lauter, und das verdroß ihn. Noch mehr kränkte ihn aber der Umstand, daß er allein es sein sollte, der sich an dem Bild der erstarrten Freierpuppe erbaue sollte, inwiefern sie all die Jahre her öffentlich zugänglich gewesen war und jeden, der vorüberkam, mit dem geträubten Hahn-Schnurrbart in die Augen gestochen hatte, also daß ihm die Tränen subjektivster Untertanenseligkeit nur so über die Waden kullerten. „Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern, denn wir leben in einer Republik!“ dachte der Herr Generaldirektor und verfügte (Sugs: die Büste ist a) zu reinigen, b) in der Kauf-Session aufzustellen. (Dieser infernalische Traum dient für die Abwicklung der mit dem Ankauf neuer Bücher zusammenhängenden Geschäfte und hat einen starken Parteienverleht.)

Nun aber ereignete es sich, daß der Herr Generaldirektor diesen Auftrag zufällig einem weniger für den hohen Herrn von Doorn als für die Republik eingemommenen Beamten erteilte, der sich weigerte, ihn auszuführen. Woraufhin der Herr Generaldirektor ergrimmt und dem republikanischen Schandbuben die Entlassung durch das zuständige Ministerium in Aussicht stellte.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß Herr Ministerialdirektor Millau durchaus im Recht war. Der Umstand, daß er von der Republik befehlet wird, verpflichtet ihn durchaus nicht dazu, kleinliche Rücksichten zu üben und die Gefühle Anderer zu schonen, die von der Republik nicht nur Geld nehmen wollen, sondern ihr ehrlieh dienen. Das wäre ja noch schöner! Kein, gleiches Recht für alle! Warum in aller Welt soll die Republik die Büsten des Kaisertums nicht dulden, wo doch bekanntlich unter Willkom der Büsten von Marx, Engels, Bebel, Liebknecht usw. in allen kaiserlichen Gebäuden öffentlich aufgestellt werden durften. Oder spielt uns da am Ende das Gedächtnis einen Streich? Vielleicht befehlet uns der in kaiserlichen Dingen so bewanderte Herr Generaldirektor darüber, was einem wilhelminischen Beamten wohl geschehen wäre, wenn er sich privat oder gar im Dienst als Republikaner ausgespielt hätte. Daß republikanischen Beamten, die in dienstlicher Eigenschaft monarchische Wäuren an den Tapeten, nichts geschieht, wissen wir leider.

Unsere Bibliothek

Die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule, die, wie wir bereits berichtet haben, vor einiger Zeit wieder eröffnet werden konnte, nachdem der Lehrkörper durch die Ungunst des Kriegs- und Revolutionsverhältnisses lange genug geruht hatte, erfreut sich bedauerlicherweise noch nicht der Beachtung der Parteigenossen, die diese ausgezeichnete Einrichtung vollaus verdienen würde.

Es scheint fast, als ob die Lust und Tätigkeit, freie Stunden in Gesellschaft der stummen und doch so bereideten Freunde, die gute Bücher sind, zuzubringen, bedenklich zurückgegangen wäre. Dem widerspricht aber die Beobachtung, daß alle anderen Bildungseinrichtungen der Partei, sowie verwandte Veranstaltungen durchaus zufriedenstellend benutzt und besucht werden. Auch von der Bibliothek wird dies zweifellos bald gesagt werden können. Sie muß sich eben erst wieder einstellen, und hierzu ist eine gewisse Zeit notwendig. Es wird Sache der Bildungsfunctionäre sein, dafür zu sorgen, daß diese Zeit so kurz als möglich ist.

Die Bibliothek befindet sich Breite Straße 8-9, und ist vorläufig jeweils am Dienstag und Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abend geöffnet. Der überschüssig angeordnete Katalog, der zum Preise von nur 4 Mark käuflich ist, macht es leicht, sich in den vielen Beständen der Bibliothek zurechtzufinden. Außerdem steht der Genosse Balzer, unser langjähriger Bibliothekar, jedem, der um eine Auskunft verlegen ist, gern mit Rat und Tat zur Seite.

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern der U.S.P. und den Mitgliedern der Sozialistischen Proletarierjugend unentgeltlich zur Verfügung. Ein Zwang zur Anschaffung des Kataloges besteht nicht. Die einzige Verpflichtung, die die Entleiher auf

Große internationale Kundgebung der Sozialistischen Proletarierjugend

am Montag, den 16. Januar 1922, abends 7 Uhr in der Bochbrauerei, Fidicinstraße

Redner u. a.:

Genossen Heinz Thaller-Oesterreich, Schreider, Dolin-Rußland

Jugendgenossen und Parteigenossen erscheint in Massen

Verlockend billige Preise

Damen-Hausschuhe aus Stoff, mit Kordelsohle, in verschiedenen entzückenden Blumenmustern. Aussergewöhnlich billig 28⁰⁰	Damen-Schnürstiefel , prima Rindbox, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, breite, moderne Form, mit halbhohem Absatz 175⁰⁰	Herrn-Schnallenstiefel aus schwarzem Filzstoff, mit Fila- und Ledersohle, Absatzhoch, Vorderkappe. Extra billig 88⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel , schwarze Chevreau, sehr bequem und schöne Form. Größe 18-22. Ausserordentlich preiswert 36⁵⁰
Damen-Hausschuhe , in Sammet, feinfarbigen Filzstoff sowie Kamelhaarstoff, in vielen Farben u. Mustern, elegante Morgenackel 48⁰⁰	Damen-Schnürstiefel , prima K-Chevreau, a. T. mit Lackkappe, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, moderne Formen 198⁰⁰	Herrn-Schnallenstiefel schwarze Filzstoff, mit ringförmiger Ledersohle, starker Ledersohle mit Absatz. Für die Strasse geeignet 128⁰⁰	Kinder-Lederandalen , braun Rindleder, mit starkem, durchgehender Ledersohle und Absatz. Größe 18-22 56,00, Größe 23-24 48⁰⁰
Damen-Hausschuhe in Steppelack und feinfarbigen Filzstoff, mit Pompon und Lasche, prima Qualitäten. Besonders billig 58⁰⁰	Damen-Schnürstiefel , prima Rindbox, hoher Schaft, mit und ohne Lackkappe, kurze moderne Form. Sehr preiswert 218⁰⁰	Herrn-Schnallenstiefel in Filzstoff, mit ringförmiger Ledersohle, hobelausführend, starke Ledersohle u. Absatz. Gelegenheitskauf 198⁰⁰	Kinder-Schnürstiefel , braun echt Ziegenleder, naturgemäße breite Form, mit Absatz. Größe 18-22 78,50, Größe 23-24 68⁵⁰
Damen-Ledersandalen braun Rindleder, mit Absatz, starker durchgehender Ledersohle. Selbster Günstigheitskauf 68⁰⁰	Damen-Schnürstiefel , prima K-Chevreau, mit elegantem hohen Schaft, mit und ohne Lackkappe, kurze moderne Form 228⁰⁰	Herrn-Schnürstiefel prima Rindbox u. K-Chevreau, mit Lackkappe, Besatz u. Derbyschnitt, eleg. mod. Formen, gute Ausführung 198⁰⁰	Kinder-Spangenschuhe prima Rindbox und Chromleder, gute Ausführung. Extra billig. Größe 18-22 82,50, Größe 23-24 72⁵⁰
Damen-weiss-Leinen-Spangenschuhe , mit weiss überzogenem Absatz, beliebiger Tansschuh. Ganz besonders preiswert 72⁵⁰	Damen-Schnürstiefel , prima Boxkalf, Derbyschnitt, Orig.-Goodyear-Well Ausführung, vorzügliche Qualität. Extra billig 248⁰⁰	Herrn-Schnürstiefel in Rindbox mit K-Chevreau-Besatz, vorzügliche Qualität, mit und ohne Derbyschnitt. Sehr preiswert 228⁰⁰	Kinder-Halbschuhe u. Schnür, Chromleder u. K-Chevreau, mit u. ohne Lackkappe, gute Anat. Extra billig. Gr. 18-22 98,00, Gr. 23-24 88⁰⁰
Damen-Schnallenstiefel schwarz, aus prima Filzstoff, mit weissem Frieftatter, Fila- und Ledersohle. Ausserordentlich billig 88⁰⁰	Damen-Schnallenstiefel ein u. zwei Schnallen, schwarze Filzstoff, ringförmiger Rindboxbesatz, Frieftatter, starke Ledersohle u. Absatz 98⁰⁰		
Damen-Spangenschuhe , schwarz Leder, für di. Strasse kurze, moderne Form. Höhe aus Block u. Absatz. Sehr preiswert 128⁵⁰			

Stillier

Gewerkschaftliches

Betriebsräte-Auslese

In vielen Betrieben gehen jetzt die Betriebsratswahlen vor sich. Wenn auch das Betriebsrätegesetz uns nicht befriedigt, da es ver-

Wir hatten schon verschiedentlich Mittelungen veröffentlicht, wonach vertrauliche Kommentare für Unternehmer zusammen-

Gerade zur rechten Zeit kommen uns da einige der wertvollsten Ausführungen des Genossen A. Seidel zugute, die er unter dem

Dabei haben die meisten und Tüchtigsten von uns gelernt, daß nüchternes Wägen und besonnenes Handeln nirgends so notwendig ist,

Das entmutigt leicht und läßt den Glauben vollends schwinden. Es ist leider zu beobachten, daß manche Genossen auf Grund

... Das Betriebsrätegesetz stellt den Betriebsräten aber auch wirtschaftspolitische oder, wie es richtiger heißt, produktions-

Ein Betriebsrat, der seine Aufgabe recht versteht, wird sich immer von der Beachtung des Allgemeininteresses an der Wirtschaft, vom Interesse der gesamten Gesellschaft auch als

Für den Charakterschwachen Betriebsrat entsteht hieraus die Gefahr, daß er sein ursprüngliches Ziel mit — sagen wir einmal: gemeinwirtschaftlicher Tendenz preisgibt und sich mit dem

Seidel erklärt weiter, das eine wäre so falsch wie das andere. Auch ein besseres Betriebsrätegesetz würde an dieser Tatsache, daß der Betriebsrat unter den gegebenen Machtverhältnissen heileibe

Indem wir so die Grenzen abgesteckt haben, innerhalb deren wir unter den gegebenen Verhältnissen erfolgreich zu arbeiten in der Lage sind, gewinnen wir die Möglichkeit, in ganz bestimmter Richtung hin tätig zu sein.

Und nun liegt es an unseren Genossen zunächst, in dieser Richtung hin ihre Tätigkeit zu entfalten.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit!

In der am Freitag stattgefundenen Versammlung der Melex gab Genosse Böher den Bericht von den letzten Verhandlungen mit den Unternehmern betreffend Lohnerhöhung.

Die Absicht der Kommunisten wurde jedoch durchkreuzt, obwohl die Debatte über die Ausschlagangelegenheit bis zum Schluß der Versammlung ...

Betreffend der Lohnverhandlungen mit den Unternehmern überließ es die Versammlung dem Vorstande, die geeigneten Maßnahmen gegen die Arbeitgeber zu unternehmen.

Kampf in der Margarine-Industrie?

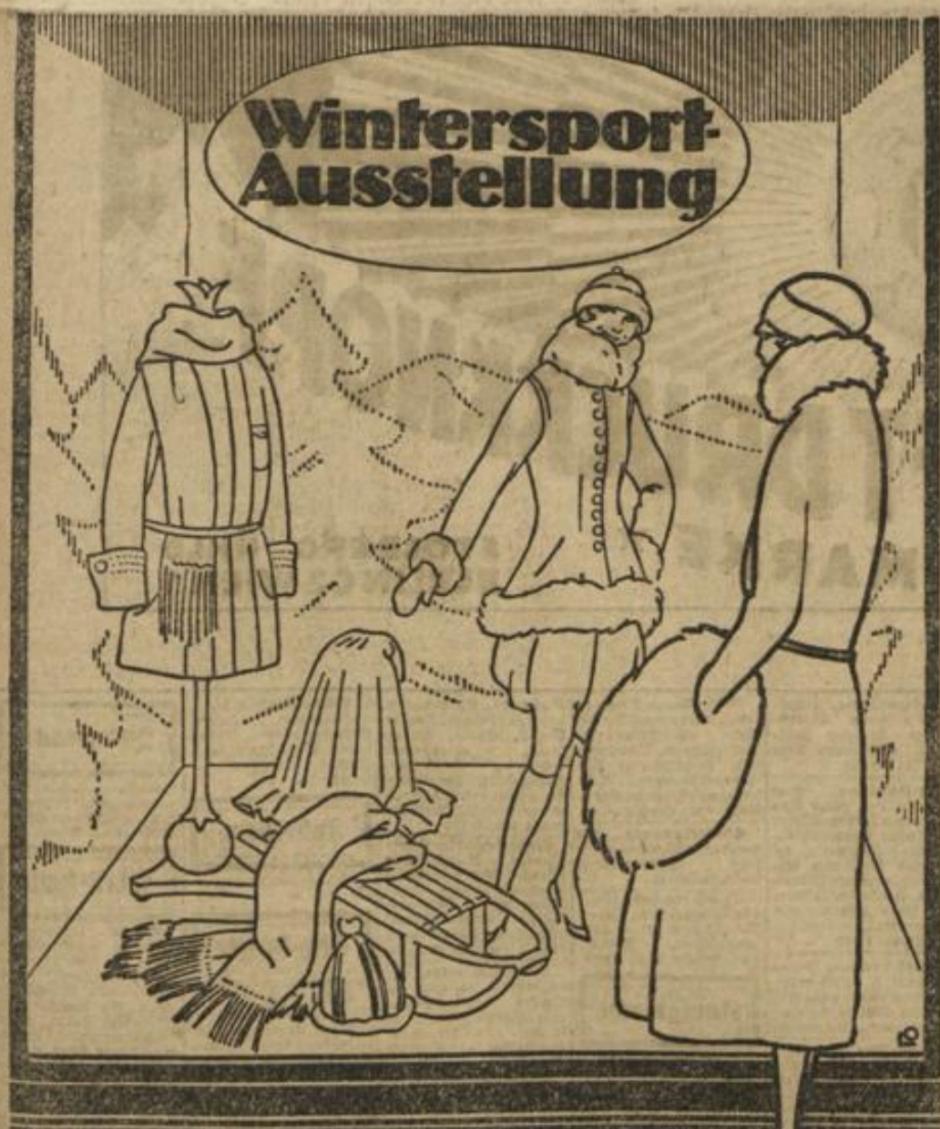
In der Margarine-Industrie herrscht durch das bornierte Verhalten der Unternehmer wirtschaftliche Gemütskrämpfe. Eine stürmisch verlaufene Versammlung, am 12. d. M., verurteilte aus-

I. Die am 12. Januar 1922 im Sophien-Theater tagende Versammlung der Margarinearbeiter nehmen mit Entrüstung von dem brutalen Vorgehen der Margarineunternehmer Kenntnis.

Betriebsräte

Die Gruppenvollversammlungen mit der Tagesordnung: Der Betriebsrat bei der täglichen Anwendung des Betriebsrätegesetzes.

- Gruppe 1 (Leinwand): 23. Januar, abends 7 Uhr, Müllerstraße, Rollens Wilhelm-Str. 23. — Gruppe 2 (Baumwolle): 23. Januar, abends 7 Uhr, Sophienstraße, 17-18. — Gruppe 3 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 4 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 5 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 6 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 7 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 8 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 9 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 10 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 11 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 12 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 13 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 14 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 15 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 16 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 17 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 18 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 19 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 20 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 21 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 22 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 23 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 24 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 25 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 26 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 27 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 28 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 29 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 30 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 31 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 32 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 33 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 34 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 35 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 36 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 37 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 38 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 39 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 40 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 41 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 42 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 43 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 44 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 45 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 46 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 47 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 48 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 49 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 50 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 51 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 52 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 53 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 54 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 55 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 56 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 57 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 58 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 59 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 60 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 61 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 62 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 63 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 64 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 65 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 66 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 67 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 68 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 69 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 70 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 71 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 72 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 73 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 74 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 75 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 76 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 77 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 78 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 79 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 80 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 81 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 82 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 83 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 84 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 85 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 86 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 87 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 88 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 89 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 90 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 91 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 92 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 93 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 94 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 95 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 96 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 97 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 98 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 99 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10. — Gruppe 100 (Kaugummi): 23. Januar, abends 7 Uhr, Berliner Straße, 10.



Wintersport-Ausstellung

in unseren Schaufenstern Leipziger Str. 42 Maassen

Advertisement for 'In der Morgenstunde' featuring a list of winter clothing items such as sweaters, shirts, trousers, and coats with their respective prices.

BAER SOHN Berlin nur Chausseestr. 29/30. Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend. Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

